

Deutsche Geheimdienste in Visier

Schilys neues „Anti-Terror-Zentrum“, die Schwächen der Dienste und das Erbe der NS-Zeit

Deutschland soll ein neues Instrument zur Verbesserung der inneren Sicherheit erhalten. Von dem sogenannten „Anti-Terror-Zentrum“ in Berlin erhofft sich Bundesinnenminister Otto Schily einen „Qualitätssprung“ in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Arbeit der etwa 100 Spezialisten des Bundeskriminalamtes (BKA) und 50 Kollegen vom Verfassungsschutz bezeichnete Schily in der Tageszeitung „Die Welt“ als „richtungsweisend für eine effektive und effiziente Terrorismusbekämpfung.“ Doch regt sich auch Kritik. Kai Hirschmann, stellvertretender Direktor des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik (IFTUS) in Essen, kritisierte während eines Vortrages auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft für Internationale Politik und Sicherheit (AGIPS) die Zersplitterung der neuen Behörde und gab darüber hinaus interessante Einblicke in die deutsche Geheimdienstlandschaft.

Wegen des Trennungsgebots von Polizei und Verfassungsschutz – während des NS-Regimes lagen beide Kompetenzen bei der Gestapo – sei eine effektive und effiziente Arbeit eben nur schwer möglich, der Informationsfluss gehemmt, so der promovierte Volkswirtschaftler. Doch was unterscheidet eigentlich die Arbeit von Polizei und Nachrichtendiensten? „Die Nachrichtendienste arbeiten nach dem Opportunitätsprinzip.“ Dies bedeutet, dass man sich auch nach begangener Straftat auf das Sammeln von Informationen konzentrieren kann. Vielleicht können auf diese Weise neue Erkenntnisse über die Straftäter, ihre Komplizen und ihre Hintergründe erfahren werden. Die nach dem Legalitätsprinzip handelnde Polizei verfolgt hingegen die konkrete Straftat bis zur anvisierten Verhaftung.

Neben der Informationsbeschaffung durch technische Hilfsmittel, rückt die Arbeit der „human intelligence“, also der Mitarbeiter vor Ort, immer mehr in den Mittelpunkt. „Die starke Fokussierung US-amerikanischer Geheimdienste auf ihr technisches Gerät erschwerte die Informationsbeschaffung und Aufklärung im Vorfeld des 11. Septembers“, erklärte Hirschmann vor rund 40 Anwesenden in der Uni Bonn. Grundsätzlich gebe es drei Arten von „Aufklärern“: Da ist zunächst der Informant, der nur unregelmäßig Informationen an die Geheimdienste weiterleitet. Er wird nicht als festes Personal geführt. Der sogenannte „V-Mann“ hingegen wurde dauerhaft angeworben und operiert ständig in einem für die Dienste interessantem Milieu, wie etwa der rechten Szene. Agenten handeln zielgenau mit einem festen Auftrag. „In diese Kategorie würde auch James Bond fallen“, witzelt Hirschmann und konzentriert sich auf die Struktur der deutschen Geheimdienste.

Insgesamt siebzehn Behörden kümmern sich um die Lage im Inland: das Bundesinstitut für Verfassungsschutz plus sechzehn Landesämter – einer der Gründe, weshalb ein optimaler Datenfluss noch nicht erreicht ist. Der ehemals in Pullach ansässige und nach Berlin umgezogene Bundesnachrichtendienst ist der Auslandsgeheimdienst der Bundesrepublik Deutschland. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) ist für die Arbeit im Rahmen der Bundeswehr zuständig, vornehmlich im Inland. Als vierte Säule sind all jene Behörden zu bezeichnen, die mit der Nachrichtengewinnung betraut sind, wie etwa das Bundesinstitut für Sicherheit und Informationstechnik (BSI).

Am Ende des aufschlussreichen Vortrages nutzten die Gäste die Möglichkeit zur Fragerunde. Wie lange lässt sich die Trennung von Polizei und Verfassungsschutz noch aufrechterhalten? Sind unsere Geheimdienste wirklich so untätig gegenüber islamischen Extremisten, wie es der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte behauptet? In wie weit machen biometrische Daten

auf Pässen Sinn, und sind diese nicht allzu leicht zu fälschen? „Einzig verlässlich sind zur Zeit nur die Fingerabdrücke“, erklärte Kai Hirschmann. Soll die Diskussion über die Erfassung von Iris- Pupillen- und anderen Merkmalen vielleicht dem Bürger Sicherheit nur vortäuschen?

Carsten Michels